

Zivilgesellschaftliche Kräfte in Sachsen stärken! Jetzt! Überall im Land!

Beschluss des Landesvorstandes vom 20. Mai 2016

- Beschluss:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen reicht nachfolgenden Antrag an den 13. Landesparteitag ein.
- Politische Botschaft:** -
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Weitere Maßnahmen:** -
- Finanzen:** -
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:** -
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

F.d.R.

Dresden, 23. Mai 2016



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Der Landesparteitag beschließt die Punkte 1 bis 10 als Arbeits- und Handlungsauftrag für alle Ebenen und Strukturen der Landespartei der LINKEN Sachsen und erwartet insbesondere von der Fraktion der LINKEN im Sächsischen Landtag notwendige parlamentarische Initiativen.

Vorbemerkungen:

Sachsen im Jahr 2016 ist spürbar außer Kontrolle geraten, das hat etwas damit zu tun, wie die CDU seit 1990 Sachsen regiert.

Es war die sächsische CDU, die mit ihrer feudalistischen Leuchtturmpolitik die sozioökonomischen Fundamente in vielen Regionen ignoriert hat.

Es war die sächsische CDU, die so die Axt an die Verwurzelung so vieler Menschen angelegt hat. Die selbsternannte Partei der sächsischen Heimat – also die CDU Sachsen –, hat Hunderttausende aus der Heimat vertrieben. Schuld an der existenziellen Verunsicherung der Bevölkerung ist eine über mehr als 25-jährige Niedriglohnpolitik, die viele außer Landes getrieben hat und die, die noch da sind, sehen sich nun – ob berechtigt oder nicht – in Konkurrenz mit Migrant_innen um schlecht bezahlte Jobs.

Die sächsische Union hat in Sachsen einen Kulturkampf im Namen scheinbarer konservativer Werte geführt, in dem der Freistaat nun selbst zu Bruch zu gehen droht. Die CDU Sachsen hat aus Gründen parteipolitischer PR einen Sachsen-Chauvinismus hochgezüchtet, der uns zum Nabel und Maß der Welt machen sollte. Die sächsischen Christdemokraten hegen einen undemokratischen politischen Alleinvertretungsanspruch.

Zu dem Zweck betreiben sie unter anderem auch eine Geschichtspolitik, die so tut, als sei die CDU der alleinige Motor der friedlichen Revolution gewesen. Auf das revolutionäre Erbe erheben sie den alleinigen Anspruch.

Gleichzeitig treibt die sächsische CDU in ihrer Sehnsucht nach einem ungetrübt heldenhaften Sachsen eine „Normalisierung“ der Geschichte voran, in der die Erinnerung an die NS-Verbrechen nur stört.

In den neunziger Jahren ist in Sachsen etwas abhanden gekommen, was dem Selbstbewusstsein der Bevölkerung ungeachtet aller Sachsenstolz-Beschwörungen der dauerregierenden CDU das Rückgrat gebrochen hat: das sozioökonomische Fundament der Regionen. Soziale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich sind für die SachsenCDU Fremdwörter.

Nun fällt der aktuellen Koalition aus CDU und SPD als Ruf aus der Krise als erstes der Ruf nach dem „**starken Staat**“ ein. Aus unserer eigenen Geschichte sollten wir gelernt haben, dass wir etwas Anderes brauchen:

Nämlich eine starke Zivilgesellschaft, die vom Staat geschützt wird!

Bisher aber wurden Initiativen dieser Zivilgesellschaft von der sächsischen Union mal unter Extremismusverdacht gestellt, mal beschimpft, mal an den Rand gedrückt. Holocaust-Überlebende sollten Gesinnungs-Unbedenklichkeitserklärungen unterschreiben, bevor sie auf staatlich geförderten Veranstaltungen auftreten durften. Wir erinnern uns, dass Ihre Extremismusklausel sogar den sächsischen Demokratiepreis gesprengt hatte.

Die sächsische Union verpflichtete sich 2005 per Parteitagsbeschluss, in der Bevölkerung (Zitat:)
„positive nationale Wallungen“ zu wecken. Aktuell belebt die sächsische CDU diesen Irrweg wieder.

DIE LINKE Sachsen wird,

1. sich im Kampf für ein menschenwürdiges Leben aller Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens einsetzen und sich konsequent gegen menschenverachtende Denkmuster wie Antisemitismus, Nationalismus und andere diskriminierende Einstellungen einsetzen. Wir müssen leider feststellen, dass menschenfeindliches Denken und Handeln in allen Altersgruppen und allen gesellschaftlichen Bereichen vorhanden ist.

2. sich für eine umfassende Ächtung der extremen Rechten als eine vordringliche Aufgabe einsetzen, die nicht allein mit der Bekämpfung der NPD erledigt ist. Daher richten wir uns gegen jede Form von

Diskriminierung anders Lebender, Aussehender oder Liebender und streiten für deren Akzeptanz und die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens für Einheimische wie Zugezogene.

3. sich für eine rasche Aufklärung und konsequente strafrechtliche Verfolgung von rechten Straftaten und Hassverbrechen einsetzen und die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen. Dafür braucht man keinen Verfassungsschutz, benötigt wird ausreichend fachkundiges Personal bei Polizei und Justiz.

4. sich für die Entkriminalisierung des vielfältigen Protestes gegen rechte Aufmärsche einsetzen. Mit Opfern rechter Gewalt zeigen wir uns solidarisch.

5. rassistische Einstellungen und Handlungen öffentlich benennen. Wer schweigt, stimmt zu. Wir schweigen nicht! Es ist analytisch falsch, verallgemeinernd von „Extremismus“ zu sprechen. Zu lange hat die sächsische Politik, haben Behörden unter Anwendung dieses Begriffs die Bedrohungslage der extremen Rechten verkannt.

6. dafür Sorge tragen, dass Fort- und Weiterbildungsangebote zur präventiven Arbeit gegen die extreme Rechte in den Bereichen Jugend- und Sozialarbeit, für Lehrerinnen und Lehrer, für die Verwaltung in den Kommunen sowie für Polizei und Justiz verstärkt werden. Gerade bei der Polizei, den Gerichten und im Justizvollzug mangelt es oft an der nötigen Sensibilität für das Thema.

7. offene Formen der Diskussion, gemeinsam mit der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und örtlich Engagierten führen. Als ein weiteres geeignetes Mittel erweist sich aus unserer Sicht ein regelmäßiger „Sachsenmonitor“, um die Verankerung von Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie antidemokratischen, menschenfeindlichen und NS-verherrlichenden Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung zu erkennen.

8. Der Sächsische Landtag setzt sich für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für ein tolerantes Sachsen als Querschnittsverantwortung der Staatsregierung in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ein.

9. weiterhin antifaschistische und antirassistische Projekte, Initiativen und Bündnisse sowie das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ unterstützen. Dieses Programm soll weiterentwickelt und dauerhaft fortgeführt werden, die Mittel sind umgehend durch den Sächsischen Landtag aufzustocken, und der Beirat ist wieder einzuführen.

10. und Letztens: sieht dringenden Bedarf an einer stärkeren Institutionalisierung der Beratungsnetzwerke wie Opferberatung, Aussteigerprojekte sowie der mobilen Beratung. Des Weiteren benötigt Sachsen eine breite und öffentliche Unterstützung für Kommunen bei politischer Bildungsarbeit. Hier wollen wir, dass durch die „Landeszentrale für politische Bildung“ Multiplikator_innen für Schulungsmaßnahmen vor Ort befähigt werden.

Schlussbemerkungen:

Einen Neuanfang kann es in Sachsen geben, wenn die Regierungspolitik nicht weiter an der Legende der „Flüchtlingskrise“ strickt, sondern dem Ideal der Aufklärung folgend auf wirkliche Ursachen und Wirkungen schaut.

Einen Neuanfang kann es in Sachsen geben, wenn sich die obrigkeitsstaatliche CDU einer kritischen Aufarbeitung ihrer Regierungsarbeit stellt.

Einen Neuanfang kann es in Sachsen geben, wenn die Staatspartei CDU ihre Ignoranz gegenüber konstruktiven Vorschlägen der demokratischen Opposition aufgibt.

Einen Neuanfang kann es in Sachsen geben, wenn eine Mehrheit im Landtag endlich eine sozial verantwortliche Politik für alle in Sachsen lebenden Menschen macht.